

# Protokolleintrag vom 30.05.2007

2007/302

## Interpellation von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 30.5.2007: Gemeindesteuern und Gebühren, detaillierte Aufstellung

Von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) ist am 30.5.2007 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Die Summe aus Steuern und Gebühren, welche von Bund, Kanton und Gemeinden erhoben werden, ist in den letzten Jahren massiv angestiegen, sodass die Schweiz ihre einstige Führungsposition betreffend Staatsquote verloren hat, was sich in erheblicher Weise negativ, nicht nur auf die schweizerische, sondern auch auf die kommunale Wirtschaft auswirkt. Auch in der Stadt Zürich müssen nebst ordentlichen Gemeindesteuern für viele Amtshandlungen und Dienstleistungen zusätzliche Gebühren bezahlt werden.

Der Sinn der Erhebung von Steuern liegt darin, dass das Staatswesen, in diesem Falle die Stadt Zürich, Arbeiten und Aufgaben, welche nicht von der Privatwirtschaft ausgeführt werden können, übernimmt und finanzieren kann.

Es ist daher schwer verständlich, dass Bürger, Vereine oder Firmen für verschiedene Dienstleistungen in obigem Sinne, z. B. Bewilligungen, Bescheinigungen, Kontrollen, Schreibgebühren, separate Abgaben bzw. Gebühren zu leisten haben.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche kommunalen Dienstleistungen, Arbeiten, etc. sind in CHF 1000.00 Gemeindesteuern enthalten (bitte um detaillierte Aufstellung)?
2. Wie wird die Umlage von CHF 1000.00 eingenommener Gemeindesteuern budgetiert (bitte um detaillierte Aufstellung in CHF)? Dabei interessiert vor allem, ob die Stadt Zürich einen Bottom-up (Amt-Departement-Finanzvorstand) oder einen Top-Down-Ansatz (Finanzvorstand-Departement-Amt) anwendet und wie die entsprechende Methode begründet wird.
3. Für welche Dienstleistungen und Arbeiten verlangt die Stadt Zürich separate Gebühren (detaillierte Aufstellung) und wie werden diese vom Stadtrat begründet?
4. Mit welchen Massnahmen und bis wann will der Stadtrat die auf kommunaler Ebene (Stadt Zürich) berechnete Staatsquote senken?
5. Sollte der Stadtrat keine Massnahmen zur Senkung der unter Punkt 4 erwähnten „kommunalen“ Staatsquote planen, bitten wir um Begründung dieser Haltung.
6. Wie interpretiert der Stadtrat das wachsende Missverhältnis von Staatsquote und Wirtschaftswachstum in Bezug auf Steuereinnahmen und Ausgaben der Stadt Zürich? Welche Massnahmen leitet er daraus ab?